

## **Vieldimensionalität und Widersprüchlichkeit der Globalisierung: Chancen und Risiken, Gewinner und Verlierer**

*Franz Nuscheler*

1. Die Trends der Globalisierung, die Prof. Paqué aus ökonomischer Sicht zusammengefaßt hat, sind weitgehend unumstritten (sofern die Globalisierung nicht als Mythos oder Phantom abgetan wird). Kritikwürdig ist jedoch die Reduktion auf ökonomische Prozesse, auch wenn sich der Arbeitsauftrag der Enquete-Kommission auf die „Globalisierung der Weltwirtschaft“ bezieht.

Globalisierung ist ein vieldimensionaler Prozeß, der auch in den unterschiedlichen Definitionen der Fachwissenschaften zum Ausdruck kommt (siehe Anhang). Während der Wirtschaftswissenschaftler die Trends in der Weltwirtschaft betont, die Prof. Paqué zusammengefaßt hat, betont der Sozialwissenschaftler die Vermehrung und Verdichtung transnationaler sozialer Beziehungen, der Politikwissenschaftler die tendenzielle Entgrenzung der Staatenwelt und Erosion der nationalstaatlichen Steuerungsfähigkeit, der Jurist die Erosion der Souveränität und Herausbildung eines Weltinnenrechts, der Kulturwissenschaftler das Entstehen einer amerikanisierten „Allerweltskultur“ und die Globalisierung von Konsummustern, der Ökologe die Globalisierung von Umweltproblemen und daraus folgend die Notwendigkeit einer „globalen nachhaltigen Entwicklung“, der Theologe und Philosoph (wie Hans Küng und Otfried Höffe) die Morgenröte einer interkulturellen Weltethik in Gestalt universeller Menschenrechte. Natürlich gibt es innerhalb der einzelnen Wissenschaften wieder Streit über solche Verkürzungen einer inzwischen differenzierten Globalisierungsdebatte.

## Definition von Globalisierung

**Otfried Höffe** (1999): „Eine erste Bestimmung ist unstrittig, aber auch profilarm: die Globalisierung als Zunahme und Verdichtung der weltweiten sozialen Beziehungen.“

**Robert Cox** (1994): „Die Charakteristiken des Globalisierungstrends umfassen die Internationalisierung der Produktion, die neue internationale Arbeitsteilung, neue Migrationsbewegungen vom Süden in den Norden, die neue Wettbewerbskultur, die diese Prozesse beschleunigt, und die Internationalisierung des Staates, die Staaten zu Agenturen der sich globalisierenden Welt macht.“

**Jonathan Perraton/David Held u.a.** (1998): „Wir betrachten Globalisierung als einen historischen Prozeß, in dessen Verlauf die Netzwerke und Systeme gesellschaftlicher Beziehungen sich räumlich ausdehnen und die menschlichen Verhaltensweisen, Aktivitäten sowie die Ausübung gesellschaftlicher Macht transkontinentalen (oder interregionalen) Charakter annehmen.“

**Rosabeth Moss Kanter** (1995): „Die Welt wird zum globalen Einkaufszentrum, in dem Ideen und Produkte überall zur selben Zeit verfügbar sind.“

**Jürgen E. Schrempp** (1999): „Die heutige Ära der Globalisierung entsteht im Zuge fallender Telekommunikationskosten; durch Mikrochips, Satelliten, Glasfaserkabel und das Internet wird die Welt nahezu flächendeckend verwoben.“

**Thomas Friedmann** (1999): Globalisierung bedeutet die „unerbittliche Integration von Märkten, Nationalstaaten und Technologien in einem bisher unbekanntem Ausmaß und in einer Art und Weise, die es Individuen, Nationalstaaten und Unternehmen ermöglicht, sich immer weiter, schneller, tiefer und billiger um die Welt zu bewegen ...“

**Rainer Tetzlaff** (2000): „Globalisierung ist ein komplexer multidimensionaler Prozeß der Entgrenzung und Enträumlichung zum einen, der Verdichtung und Vernetzung zum anderen.“

**Martin Khor** (1995): „Globalisierung ist, was wir in der Dritten Welt einige Jahrhunderte Kolonisierung genannt haben.“

2. Es macht wenig Sinn, die Globalisierung nach dem Muster des Bestsellers „Die Globalisierungsfalle“ zu dämonisieren und ihr alle Übel der Zeit und sozialen Probleme der Welt anzulasten. Ich teile auch nicht das Fazit eines Artikels in der „SZ am Wochenende“ des 1. Mai, daß das „großartige Experiment Soziale Marktwirtschaft, in dem sich Gemeinsinn und Selbstinteresse verbinden“, angesichts der Globalisierung „wenig Überlebenschancen“ habe. Aber es ist notwendig, ihre Risiken zu erkennen und Gegenstrategien zu entwickeln.

Es ist schon eine banale Aussage, daß die Globalisierung Gewinner und Verlierer hervorbringe, sowohl auf der Ebene der Staatenwelt als auch innerhalb der Gesellschaften, sowohl im Norden (Westen und Osten) als auch im Süden. Sie bildet eine Art von Weltgericht über die systemische Wettbewerbsfähigkeit von Gesellschaften. Sie bietet einerseits wettbewerbsfähigen Schwellenländern neue Chancen auf dem zunehmend deregulierten Weltmarkt und droht andererseits, ganze Regionen wirtschaftlich und politisch noch weiter zu marginalisieren.

Nach Prognosen der WTO und OECD werden fast alle Ländergruppen von der Liberalisierung des Welthandels profitieren - mit Ausnahme der Rohstoffländer des subsaharischen Afrika, die nur Rohstoffe auf niedriger Verarbeitungsstufe mit entsprechend geringer Wertschöpfung exportieren können. Die 48 ärmsten Entwicklungsländer (LLDCs) haben nur noch einen Anteil von 0,4 % an den Weltexporten. Dies entspricht einem Rückgang von rund 40 % seit 1980. Dagegen exportiert das kleine Singapur wertmäßig schon mehr als das riesige Rußland (wobei die Relationen von den schwankenden Öl- und Gaspreisen abhängen). Der Grund: Im internationalen Wettbewerb zählen nicht mehr Tonnen, sondern Kilobytes.

**Kapitalströme** bilden einen guten Indikator für Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft. Sie belegen einerseits die Einbeziehung von ökonomisch attraktiven und politischen stabilen Teilen des Südens in den Globalisierungsprozeß, andererseits die Ausgrenzung von Verlierern im globalen Wettbewerb um Standortvorteile: Sie finden sich in Afrika, in Südasien und in Teilen von

Lateinamerika und der GUS-Region. Der größte Teil der Direktinvestitionen fließt in ein Dutzend Schwellenländer in Fernost und Lateinamerika, der größte Anteil nach China, in dessen Küstenregionen sich ein „Superswellenland“ herausbildet. Gleichzeitig belegt dieses Beispiel die Verschärfung ungleicher Entwicklung zwischen Küste und Hinterland, die ein Millionenheer von Migranten in Bewegung setzte.

Die pauschale Aussage, daß der Süden im Globalisierungsprozeß von der „OECD-Welt“ oder von der Triade, auf die sich 80 % der weltwirtschaftlichen Aktivitäten konzentrieren, abgehängt werde, muß also differenziert werden. Nicht abgehängt, sondern an die weltwirtschaftlichen Zentren angehängt wurden die erdölexportierenden Länder, deren Rohstoff die Industrieländer als Basis der industriellen Produktions- und Lebensweise dringend brauchen, und die Schwellenländer, die wichtige Exportmärkte und Investitionsstandorte sind. Abgehängt wird dagegen der „arme Rest der Welt“. Es muß allerdings hinzugefügt werden, daß sich das subsaharische Afrika schon im weltwirtschaftlichen Abseits befand und am Tropf der Auslandshilfe hing, bevor von Globalisierung die Rede war. Es konnte auch die handelspolitischen Präferenzen, die ihm die EU im Rahmen der Lomé-Verträge einräumte, nicht nutzen. Was der Globalisierung angelastet wird, hat also tiefere Gründe.

Dies war schon die Antwort von Ralf Dahrendorf auf die vom Brandt-Bericht behaupteten „gemeinsamen Überlebensinteressen“ von Norden und Süden: Der Norden brauche große Teile des Südens aus ökonomischen Gründen nicht. Die Frage ist allerdings, ob er sich politisch leisten kann und aus moralischen Gründen leisten will, die Armutregionen der Welt, die auch weltpolitische Krisenherde sind, dem blanken wirtschaftlichen Nutzenkalkül auszuliefern. Dies verbietet auch eine „globale nachhaltige Entwicklung“, weil wir inzwischen den Zusammenhang zwischen Armut und Umweltzerstörung erkannt haben.

3. Ein Kernargument der Kritik an der Globalisierung ist, daß der „Turbo-Kapitalismus“ seine unbändige Dynamik auf dem Rücken von Mensch und Natur

austrage - falls es nicht gelingen sollte, sie durch international vereinbarte und wirkungsvolle soziale und ökologische Standards zu bändigen. Der Opposition gegen das freihändlerische Regelwerk der WTO, wie sie sich auf den Straßen von Seattle und jüngst wieder während der Herbsttagung von IWF/Weltbank in Prag austobte und wissenschaftlich von Umweltökonomien wie Herman Daly untermauert wird, liegt die Befürchtung zugrunde, daß unter den verschärften internationalen Konkurrenzbedingungen überall - auch hierzulande - Sozial- und Umweltstandards unter Druck geraten. Weltweit steht die soziale und ökologische Marktwirtschaft unter dem Globalisierungsdruck bzw. unter Rechtfertigungsdruck in der „Standortdebatte“. Auch deshalb sprach Helmut Schmidt von der Gefahr, daß sich weltweit ein „Raubtier-Kapitalismus“ herausbilden könne.

4. Zur Streitfrage, ob die Globalisierung zur Vermehrung von Armut und zur Verschärfung sozialer Exklusion und Desintegration beiträgt:

Die Globalisierung wird häufig - so z. B. auch von Ulrich Beck, der durch seine Serienproduktion von Büchern die deutsche Diskussion nachhaltig beeinflusst - als „globaler Sozialdarwinismus“ gebrandmarkt, der den Wohlstand von wenigen und die Armut von vielen vermehre. Gleichzeitig hätten ihre Verlierer, anders als das Proletariat im vorglobalen Zeitalter, ihr Widerstandspotential verloren, weil sie nicht mehr gebraucht würden. Auch in der „Globalisierungsfalle“ wird das Horrorszenario entwickelt, daß die Globalisierung nahezu zwangsläufig die 80/20-Gesellschaft hervorbringe, in der 80 % Verlierer und nur 20 % Gewinner sein werden.

Hier stellt sich nicht nur die Frage, welche empirischen Belege es für diese Trendaussagen gibt und ob diese Trends tatsächlich als unumkehrbar gedacht werden müssen. Oder wird hier nur ein neuer Sündenbock für keineswegs neue Probleme aufgebaut? Der Tatbestand, daß sich die Einkommensverteilung in den USA und in Großbritannien lt. dem Gini-Index massiv zu Lasten der unteren Einkommensgruppen verschlechtert hat und hier wie dort rund ein Viertel der Bevölkerung unter der amtlichen Armutslinie lebt, hat wenig mit der

Globalisierung, sondern viel mit der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des anglo-amerikanischen „Turbo-Kapitalismus“ zu tun, der sich (noch) vom „rheinischen Kapitalismus“ mit seinen sozialstaatlichen Komponenten unterscheidet. Im Unterschied zu Elmar Altvater gebe ich einer ordnungspolitischen Re-regulierung der Weltwirtschaft eine Chance und der sozialen Marktwirtschaft eine Überlebenschance. Deshalb bin ich ein Prediger von Global Governance, d. h. von Weltordnungspolitik, die versucht, auf die Globalisierung der Ökonomie mit einer Globalisierung der Politik zu antworten.

Dort, wo die meisten VerliererInnen der Globalisierung vermutet werden, also im Süden, hatten viele Argumente, die heute gegen die Globalisierung vorgebracht werden, früher andere Adressaten: den IWF mit seiner Strukturanpassungspolitik, die „Multis“ oder - wie es Martin Khor auf den polemischen Punkt brachte - den wirtschaftlichen und politischen Imperialismus.

Der Zusammenhang zwischen der Globalisierung und der weltweit (d. h. im Süden und Osten) durchgesetzten Politik der Strukturanpassung kann leicht hergestellt werden. Sie bedeutete erstens Deregulierung, d. h. Entstaatlichung des Wirtschaftslebens, zweitens Liberalisierung der Außenwirtschaftspolitik (Abschaffung von Handelsrestriktionen und Kapitalverkehrskontrollen), drittens Privatisierung von Staatsunternehmen, viertens Sanierung der Staatshaushalte durch Rückführung des Staats auf hoheitliche Kernaufgaben und Abbau sozialstaatlicher Verpflichtungen. Ziel dieses mit der Androhung des Subsidienentzuges durchgesetzten Projekts war neben der Stabilisierung maroder Wirtschaften und der Wiederherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit ihre stärkere Integration in die Weltwirtschaft, mit anderen Worten, sie fit für die Globalisierung zu machen. Diese wird heute im Süden ähnlich verstanden wie in den 80er und 90er Jahren die Strukturanpassungspolitik: als machtpolitische Durchsetzung einer vom Westen beherrschten Weltwirtschaftsordnung.

Die von IWF und Weltbank exekutierten Auflagen zu marktwirtschaftlichen Strukturreformen gerieten inzwischen nicht nur im Süden und bei linken Kritikern

im Norden, sondern auch bei den Autoren des Meltzer-Reports und der Weltbank-Studie „Beyond the Washington Consensus“ (1998) unter massive Kritik: Sie hätten nur begrenzte Erfolge erzielt, aber durch höhere Arbeitslosigkeit und sinkende Reallöhne die Armut vergrößert, durch die Kürzung von Sozialausgaben vor allem die Armutgruppen getroffen, durch Sparmaßnahmen im Bildungs- und Gesundheitswesen die physische und intellektuelle Substanz geschwächt, durch die „Entstaatlichung“ auch die notwendige Handlungs- und Steuerungsfähigkeit der ohnehin „schwachen Staaten“ noch weiter unterminiert. Kleinere und mittlere Unternehmen gingen scharenweise bankrott, weil sie nach dem Abbau von Schutzzöllen der internationalen Konkurrenz nicht standhalten konnten, während sich multinationale Unternehmen die Filetstücke aus den zur Privatisierung anstehenden Staatsunternehmen heraus schnitten.

Zwischen der Forderung einer UNICEF-Studie von 1989 nach einer „Anpassung mit menschlichem Gesicht“ und der Forderung des 1999er Human Development Report von UNDP nach einer „Globalisierung mit menschlichem Gesicht“ besteht nur der Unterschied, daß inzwischen die Zahl der absolut Armen weiter angewachsen ist. Aber auch der UNDP-Bericht macht den Fehler, daß er nun alles Elend des Südens der Globalisierung anlastet - und dabei geflissentlich übergeht, daß die Zahl der Armen deutlich weniger angewachsen ist als die Zahl der im Süden lebenden Menschen. Hier wie dort werden alle sozialen Probleme ziemlich vorschnell und vordergründig dem anscheinend alles erklärenden Sündenbock Globalisierung angelastet.

5. Dies gilt auch für die „Globalisierung aus Frauensicht“. Die indische Feministin Vandana Shiva lastete ihr nicht nur die „globale Apartheid“ zwischen Arm und Reich, sondern auch zwischen den Geschlechtern an. Dagegen zählen die Frauen für die Weltbank sogar zu ihren Gewinnerinnen, weil in den letzten beiden Jahrzehnten ihre Erwerbsquote deutlich angestiegen sei. Hier gibt es einen aufschlußreichen Bewertungstreit. Neue Frauenarbeitsplätze entstanden erstens in den rund 600 Exportzonen vieler Entwicklungsländer, in denen sich mit vielen Vergünstigungen

durch die Gastländer vor allem arbeitsintensive „Weltmarktfabriken“ ansiedelten. Sie beschäftigen zu niedrigen Löhnen und miserablen Arbeitsbedingungen vor allem junge Frauen. Einheimische Gewerkschaftlerinnen beklagen zwar auch die Ausbeutung der Frauen, nehmen sie aber mangels Alternativen zähneknirschend hin und kämpfen für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Ihre Vertreterinnen legten sich auch mit NGOs aus dem Norden an, die in Seattle für die weltweite Durchsetzung der ILO-Standards protestierten, weil sie den Verlust eines komparativen Vorteils befürchten, der Arbeit schafft.

Dies ist auch der Grund, warum sich die „Gruppe der 77“ jüngst auf ihrer Konferenz in Havanna entschieden gegen eine soziale Nachbesserung des WTO-Regelwerkes und gegen eine Universalisierung der ILO-Standards aussprach. Die NGOs aus dem Norden, die sich als Advokaten des Südens verstehen wollen, geraten hier in Argumentationsnöte.

Zweitens befördert die Globalisierung die Regionen und Kontinente übergreifende Migration von Frauen, den internationalen Frauenhandel und das Entstehen von „Dienstmädchengesellschaften“. Nach Schätzungen von Terre des Femmes werden jährlich rund 1 Million Frauen als Ehefrauen, billige Arbeitskräfte und Prostituierte in andere Länder verkauft. Frauen befinden sich fast immer am unteren Ende der Hierarchie des Arbeitsmarktes in „weiblichen Berufen“, so daß ihre höhere Erwerbsquote nicht gerade für einen Globalisierungsgewinn spricht. Wie ambivalent die Betrachtungsweisen sein können, belegt das Buch „Globalisierung aus Frauensicht“. Shalini Randeria, eine in Berlin lebende und Soziologie lehrende Inderin, zählt zwar die Frauen auch zu den Verliererinnen der Globalisierung, sieht aber in der internationalen Frauenbewegung eine Gewinnerin und eine Stoßtruppe einer kontra-hegemonialen „Globalisierung von unten“.

6. Zwischenfazit: Die Öffnung der Märkte für Kapital, Güter und Dienstleistungen und in begrenztem Ausmaß auch für Arbeitskräfte sowie die Konkurrenz um Standortvorteile haben die Fähigkeiten von Staaten, soziale Mindeststandards durchzusetzen, geschwächt und die Verhandlungsmacht von multinationalen

Unternehmen gestärkt. Die Globalisierung zielt darauf ab, Hindernisse zu beseitigen, die sich weltweiter Investitionstätigkeit und dem weltweiten Absatz von Produkten in den Weg stellen. In dieser Rationalität sah die UN-Kommission für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESC) auch das „Risiko, daß sie den zentralen Stellenwert mindert, der den Menschenrechten in der UN-Charta im allgemeinen und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im besonderen eingeräumt wird“.

Die sozialen Menschenrechte sollen die Globalisierung humanisieren, aber ihre regulative Kraft ist schwach, während die Macht des Kapitals, das die Globalisierung vorantreibt, groß ist. Während sich die reichen Staaten soziale Sicherungssysteme zur Abfederung von Globalisierungseffekten leisten können, haben die armen Staaten nur einen geringen sozialpolitischen Handlungsspielraum, falls er nicht durch einen internationalen Lastenausgleich in Gestalt von Entwicklungshilfe erweitert wird.

Die Globalisierung kann nicht allein für das wachsende Wohlstandsgefälle in der Welt verantwortlich gemacht werden. Dafür gibt es viele Gründe. Aber sie vergrößert die Risiken, daß der aus ihrer Dynamik ausgegrenzte „arme Rest der Welt“ noch weiter marginalisiert wird. Einen der Gründe hat bereits Werner Gries angesprochen: den ungleichen Zugang der Regionen zu den Medien der Wissensgesellschaft, der ebenso wichtig ist wie der Zugang zu Güter- und Kapitalmärkten.

7. Die wachsende Mobilität von Menschen und Waren über viele Grenzen hinweg ist ein Merkmal der Globalisierung, aber ein ökologisches Debakel. Dem Regelwerk der WTO, das die handelspolitische Säule der Globalisierung bildet, liegt das Credo zugrunde, daß der von protektionistischen Eingriffen befreite Freihandel allen Handelstreibenden zum Vorteil gereiche. In Seattle protestierten aber Umweltgruppen aus aller Welt gegen eine weitere Liberalisierung des Welthandels, weil sie dem entfesselten Freihandel unterstellen, die globalen und lokalen Umweltbelastungen zu verschärfen. Die ökologische Kritik an der durch

den Freihandel vorangetriebenen Globalisierung konzentriert sich auf die folgenden bereits erkennbaren Entwicklungstrends:

- Die Ausdehnung des Welthandels durch den Abbau von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen hat eine Vermehrung von Transportleistungen zu Land, zu Wasser und in der Luft zur Folge. Die Internationalisierung der Produktion durch Zerlegung der Verarbeitungsstufen auf weltweit verstreute Standorte vergrößerte diese Transportleistungen. Die Revolutionierung des Transportwesens verringerte zwar die Transportkosten und -zeiten, erhöhte aber die Umweltbelastung durch höhere CO<sub>2</sub>-Emissionen, die eine Hauptursache für den Treibhauseffekt bilden.
- Die Verschärfung der internationalen Konkurrenz könnte zum „Öko-Dumping“ verleiten, wenn geringere Aufwendungen für den Umweltschutz zum Kosten- und Standortvorteil und durch Wettbewerbsvorteile belohnt werden. Viele Entwicklungsländer sind im Wettbewerb um Auslandsinvestitionen bereit, sich als Standorte für „schmutzige Industrien“ anzubieten. Dies gilt vor allem für Branchen (wie Eisen und Stahl, Chemie, Papier, Müllentsorgung) mit hohen Umweltbelastungen. Die fernöstlichen „Tigerstaaten“ verdanken ein Gutteil ihrer Wettbewerbsfähigkeit auch dieser ökologischen Rücksichtslosigkeit, die sie zu einem Kontrastmodell von „nachhaltiger Entwicklung“ machte.
- Freihandel und Umweltschutz wären nur dann keine Gegensätze, wenn weltweit die externen Kosten der Umweltverschmutzung in die Preise einkalkuliert, also internalisiert würden. Dazu wäre eine internationale Wettbewerbsordnung vonnöten, gegen die sich vor allem die Nutznießer der Ausbeutung von Mensch und Natur wehren.
- Die Liberalisierung des internationalen Agrarhandels verspricht zwar den Exportländern höhere Handelsgewinne (und den Industrieländern mit bisher protektionistisch geschützten Agrarmärkten ein Bauernsterben), verführt sie aber zum Ausbau ökologisch fataler Monokulturen, zum Raubbau an den natürlichen

Lebensgrundlagen und zur Vernachlässigung der Ernährungssicherung aus eigener Kraft. Beispiel: Die Ausweitung der küstennahen Garnelenfarmen in Thailand und Bangladesh führte zum Abholzen der Mangrovenwälder, die Schutz vor Sturmfluten boten, und zur Überflutung von großen Reisfeldern mit Salzwasser, das den Boden für die Agrikultur unbrauchbar machte.

- Die Internationalisierung der Wirtschafts- und Sozialbeziehungen vergrößert den Luftverkehr, dessen ökologische Destruktivität jüngst ein Memorandum der EU-Kommission betonte. Das Wachstum des Ferntourismus verschafft zwar den tropischen Zielländern Deviseneinkünfte, die häufig höher sind und mehr Arbeitsplätze schaffen als ihre Güterexporte, aber er vermehrt den Luftverkehr und vergrößert den Naturverbrauch.

Die Frage ist allerdings, ob all diese Umweltsünden dem Freihandel und der Globalisierung oder nicht vielmehr dem verantwortungslosen Handeln von Staaten, Unternehmen und Konsumenten anzulasten sind. Nicht der Freihandel, sondern die räuberischen Fangmethoden von schwimmenden Fischfabriken und das Fehlen eines wirksamen Hochseeregimes (Ocean Governance) sind für die Überfischung der Weltmeere und für die Dezimierung von bedrohten Tierarten verantwortlich.

Weil es schwierig ist, „Öko-Dumping“ eindeutig nachzuweisen, wächst die Gefahr, daß schon der Vorwurf zum „Öko-Protektionismus“ mißbraucht wird. Deshalb begegnen die Entwicklungsländer und Umweltgruppen im Süden den Forderungen nach einer ökologischen Nachbesserung des WTO-Regelwerkes mit großem Mißtrauen. Auch die „Süd-NGOs“ befürchten den „Öko-Protektionismus“ des Nordens mehr als das „Öko-Dumping“ im Süden. Bisher hat der Handelsprotektionismus vor allem den Entwicklungsländern geschadet, ohne der Umwelt viel zu nutzen.

Es gibt unter Fachleuten auch einen Streit darüber, ob Handelssanktionen durch die WTO ein geeignetes Instrument wären, Wettbewerbsverzerrungen durch „Öko-Dumping“ zu verhindern; ob die WTO überhaupt ein geeignetes umweltpolitisches

Kontrollforum sein kann, obwohl die Präambel des WTO-Vertrages den Schutz der Umwelt als Ziel anerkennt. Und warum wurde ein Ausschuß für "Handel und Umwelt" eingerichtet? Wenn sich dieser Ausschuß bei Zielkonflikten mehr als Hüter des Freihandels betätigen sollte, müßte entweder seine Funktion neu definiert oder die Monitoring-Funktion von UNEP aufgewertet werden. Hier müßte auch die deutsche Wirtschafts- und Umweltpolitik innerhalb des EU-Ministerrates eine klarere Position beziehen, als es bisher geschehen ist. Deshalb ist die Enquete-Kommission gefordert.

8. Die beiden Autoren des Bestsellers über die „Globalisierungsfalle“ dämonisierten die Globalisierung als „Angriff auf Wohlstand und Demokratie“. Auch Ralf Dahrendorf erkannte in einer „ungezügelter Globalisierung“ die Gefahr wachsender gesellschaftlicher Desintegration und politischer Instabilität, die wiederum die Versuchung zu autoritären Problemlösungen verstärken könnten. Die Wahlerfolge von Jean-Marie Le Pen in Frankreich, Jörg Haider in Österreich oder der Neofaschisten in Italien unterfütterten seine Warnung vor einem „autoritären Jahrhundert“.

Menschenrechtsgruppen befürchten, daß die Globalisierung alle Fortschritte in der normativen Ausgestaltung der Menschenrechtskataloge unterlaufen könnte: die sozialen Menschenrechte durch eine Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der Frauenrechte durch eine noch größere Ausbeutung, z. B. in den „Weltmarktfabriken“, der Kinderrechte durch die Ausweitung von Kinderarbeit.

Bisher haben freiwillige Verhaltenskodizes von Firmengruppen (z. B. bei der Eindämmung von Kinderarbeit) mehr bewirkt als völkerrechtliche Normen. Deshalb buhlt UN-Generalsekretär Kofi Annan bei jeder Gelegenheit um einen Global Compact zwischen den Vereinten Nationen und der Privatwirtschaft zur Wahrung von Sozial- und Umweltstandards, weil er offensichtlich freiwilligen Verhaltenskodices mehr Wirkung zutraut als völkerrechtlichen Vertragswerken ohne hinreichende Sanktionsmechanismen. Es muß auch anerkannt werden, daß die

multinationalen Unternehmen, die Hauptadressaten der Globalisierungskritik sind, häufig sensibler auf die internationale Diskussion und Kritik reagieren als lokale Unternehmen. Die frühkapitalistischen Arbeitsbedingungen, die auch in vielen Betrieben des „kommunistischen“ China herrschen, könnten sich kapitalistische Auslandsunternehmen gar nicht leisten. Hier leistet die Internationale der „NGO-Szene“ eine wichtige und durchaus wirksame Korrekturfunktion (die Parlamente häufig nicht leisten!). Aber die Freiwilligkeit erreicht gerade die schwarzen Schafe nicht, vor denen die Menschen und die Natur geschützt werden müssten.

Die Warnungen vor einer Gefährdung der Demokratie und der Menschenrechte dürfen nicht völlig Anreize für die Demokratisierung, Dezentralisierung und zwischenstaatliche Kooperation, die Globalisierung auch schafft, übersehen:

- Nationalstaaten werden international rechenschaftspflichtig, weil ihr Handeln zunehmend an weltweit gültigen Standards gemessen wird.
- Internationale und zunehmend transnational vernetzte NGOs mischen sich in der Menschenrechts-, Umwelt- und Entwicklungspolitik verstärkt in die Innenpolitik der Staaten ein. Sie setzen die Staaten unter den Legitimationsdruck von internationalen Abkommen und völkerrechtlichen Konventionen.
- Der Globalisierungsdruck verstärkt die Bereitschaft zu regionaler Kooperation und zum Zurückdrängen nationaler Engstirnigkeiten.
- Weil die Zentralregierungen nicht mehr alles regeln können, wachsen die Handlungsspielräume von Regionen und Kommunen.

Immer wieder tritt die Dialektik zwischen Globalisierung und Lokalisierung („Glokalisierung“) und zwischen Chancen und Risiken zutage, die vor einer Verteufelung, aber auch vor einer Romantisierung der Globalisierung warnen sollte.

## **Schlußfolgerungen**

Es macht keinen Sinn, die Globalisierung zu verteufeln. Die politische Herausforderung liegt in dem Versuch, ihre Chancen zu nutzen und die Risiken, die in einer „ungezügelter Globalisierung“ liegen, durch Regelwerke zu verringern: also die Globalisierung politisch zu gestalten.

Es ist auch unter laissez faire-Propheten, die sich auf Adam Smith berufen, kaum umstritten, daß Märkte eines Ordnungsrahmens bedürfen, um ihre produktiven Energien und destruktiven Kräfte zügeln zu können. Ohne Ordnungspolitik löst der internationalisierte Wettbewerb soziale und ökologische Unterbietungswettläufe aus: Wer am meisten ausbeutet, gewinnt am meisten. Diese Zusammenhänge gelten für nationale Ökonomien ebenso wie für die sich globalisierende Ökonomie - mit dem Unterschied, daß es zwar nationale, aber erst ansatzweise internationale ordnungspolitische Regelwerke gibt. Der Human Development Report 1999 warnte, daß die Kräfte des Marktes die Ungleichgewichte in der Welt nicht zurechtrücken werden: „Eine stärkere politische Steuerung ist erforderlich, um den Nutzen der Globalisierung für das Wohlergehen der Menschen und nicht nur zu Profitzwecken sicherzustellen.“

Was für die Wirtschaft gilt, kann auch für andere Politikbereiche verallgemeinert werden: Gesucht ist ein globaler Ordnungsrahmen in fünf Politikbereichen, die Stützpfeiler einer neuen Weltordnung bilden: eine Weltfinanz- und Handelsordnung, eine Weltsozial- und Umweltordnung sowie eine Weltfriedensordnung, denn „ohne Frieden ist alles nichts“ (Willy Brandt). Wie diese Teilordnungen gestaltet werden könnten und müßten, muß weiteren Diskussionen der Enquete-Kommission überlassen werden.